stellung von Kolonialprodukten aller Art zurückgelassen hatte. Man sah da Karten und Landschaftsbilder, stattlich genügend, um die ganze nationalliberale Fraktion darin einzuhüllen, Gespinste und Flechtwerke unserer mehr oder minder dunkelfarbigen Mitbürger, Baumwollproben usw.; nur die Kupferdepeschen glänzten durch Abwesenheit, was hoffentlich auf einen Rückgang in ihrer Verwendung schließen läßt.

Anfänglich waren nach altem, wenngleich nicht schönem Brauch die Tribünen weit stärker besetzt als die Bänke unten im Saale. Nur ein kleines Häuflein war zur Stelle, als Graf Ballestrem die historischen acht Glockentöne erschallen ließ, das Andenken des verstorbenen Abg. Kauffmann, des unbestätigten Bürgermeisters von Berlin, in würdiger Weise ehrte und mit der Gemessenheit eines Zeremonienmeisters den Dank des derzeitigen Königs von Sachsen sowie des französischen Botschafters für die Sympathiekundgebungen des Reichstags oder seines Präsidenten bei den bekannten Trauerfällen dem Hause übermittelte. Auch des verstorbenen Oberpräsidenten v. Goßler, der für kurze Zeit einmal Reichstagspräsident war, wurde gedacht.

Dann ging das Haus zur Bewältigung seines Tagesprogramms über, kam aber nicht eben weit. Es handelte sich um Petitionen. Zahlreiche Frauenvereine erheben das gewiß sehr berechtigte Verlangen nach einem einheitlichen Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht, in dem den Frauen dieselben Rechte wie den Männern eingeräumt werden. Aber der Petitionskommission, in der, wie gewöhnlich, das Zentrum das große Wort führt, ist solches Verlangen viel zu „grundstürzend". Einheitliches Vereinsrecht — nun schön, das wollen die Herren vom Zentrum auch; aber die Frauen sollen sich hübsch auf ihre „Berufsinteressen" beschränken, was immer darunter verstanden wird. Ueber die Beratung dieser Frauenpetitionen kam der Reichstag heute nicht hinaus oder vielmehr: er wurde nicht damit fertig. Von freisinniger Seite war beantragt worden, die ganze Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, während die vorsichtige Kommission die Berücksichtigung nur innerhalb der eben genannten Grenzen vorschlug. Um die Differenz zwischen dem Kommissions- und dem freisinnigen Antrag drehte sich die ganze Debatte. Der nationalliberale Redner, Herr Bassermann, war heute ebenso liberal wie galant, wollte den Frauen alle Gerechtigkeit widerfahren lassen und empfahl demgemäß den Antrag Crüger. Anders Herr Trimborn vom Zentrum, der Mann mit dem hohen Diskant. Auch er hub sehr liberal an und erzählte von der sozialreformerischen Freudigkeit des Zentrums gar herzergreifende, wenn auch nicht durchaus glaubwürdige Geschichten. Wir fürchten, die katholischen Arbeiter werden die Absicht, durch mehr als billige sozialpolitische Redereien die arbeiterfeindliche Zollwucherei des Zentrums zu bemänteln, gar bald merken. Uebrigens erstreckt sich Herrn Trimborns Liberalismus, wie echt oder unecht er immer auch sein mag, nur auf die männlichen Arbeiter; den Frauen will er den Eintritt in die geheiligten Räume der Politik nach Möglichkeit versperrt wissen, es sei denn — diese Klausel machte er freilich nicht heute —, daß sie im Sinne der alleinseligmachenden Kirche von Rom thätig sind.

Auf des Zentrums Schwächlichkeit und Zweideutigkeit machten die Redner der Linken, der eben von schwerer Krankheit genesene Rickert und der temperamentvolle Müller-Meiningen, mit Recht aufmerksam. Am schärfsten aber ging den Zentrumsflausen und der Aengstlichkeit des Kommissionsantrags in einer feurigen Rede Genosse Bebel auf den Leib, der den chaotischen Zustand des Vereins- und Versammlungsrechts, der einen wahren Hohn auf die sonst so vielgerühmte Reichseinheit darstellte, sowie das zweifache Maß, mit dem bürgerliche Parteien und Sozialdemokratie gemessen werden, gebührend kritisierte und aufs energischste das Recht der Frau auf gleiche Behandlung mit den Männern vertrat. Bebels glänzende Ausführungen bewogen die Bundesratsbevollmächtigten von Sachsen und Thüringen zu schwächlichen Erwiderungen und den Abg. Trimborn zu noch schwächlicheren Ausflüchten.

---

jemand nach Hause bringen — ich — ich — —" Der ganze Zorn packte sie wieder, sie biß die Zähne auf die Unterlippe.

„Ich komme auch von einem Fest" — er schien ihre Aufregung nicht zu beachten — „von Kroll."

„Ich auch!" Sie sah ihn voll an. „Wie merkwürdig!"

„Pardon!" Er faßte plötzlich an seinen Hut und blieb einen Augenblick stehen. „Jetzt erkenne ich Sie! Ich habe Sie heut abend auf der Bühne gesehen. Sind Sie — sind Sie nicht" — er zögerte nun doch wieder — „sind Sie nicht Fräulein Reinharz?"

„Jawohl!" Sie nickte. „Mein Gott, wie gut, daß ich Sie getroffen habe!" Wie erlöst atmete sie auf. „Ach ich bin Ihnen so dankbar!" Sie preßte in der Erregung seinen Arm. „Was hätte ich wohl machen sollen, wenn Sie nicht gekommen wären? Ich danke Ihnen vielmals!" Ihre Stimme klang innig.

Er fragte mit keinem Wort, wie sie in diese merkwürdige Lage gekommen, als wäre es etwas ganz Natürliches, daß junge Damen weit nach Mitternacht allein auf der Straße umherirren.

Der Regen goß weiter; sie kamen mühsam, Schritt vor Schritt, voran. Niemand auf der breiten Straße. Jeder hatte sich geflüchtet. Keine Pferdebahn mehr. Die Rinnsteine Flüsse. Die Häuser an der Straßenseite lagen ausgestorben, kein Licht schimmerte hinter den endlosen Fensterreihen. Die Restaurants hatten ihre Thüren geschlossen und ihre Rollläden waren heruntergelassen. All das Leben der Großstadt schien erstorben in dieser ungeheuren, nicht endenwollenden Sintflut. Sie waren die einzigen auf der Welt. Sie drückte sich näher an ihn. Er beugte sich vor, um sie vor dem Wind zu schützen. Noch nie in seinem Leben hatte er jemanden beschützt; es war ihm ein schönes Gefühl, diesen Mädchenarm in dem seinen halten zu dürfen. Es war ihm nicht kalt, obgleich der dünne Sommeranzug wie eine Haut an seinem Leibe klebte und das Wasser in seinen Stiefeln bei jedem Schritt quatschte. Er fühlte ihr Vertrauen, ohne daß sie davon sprach; das machte ihn warm.

„Sie haben mir heute sehr gut gefallen," sagte er leise, fast schüchtern. „Am allerbesten."

Er sah nicht, daß sie rot wurde. Die scheue Bewunderung, die aus seinem Ton herausklang, that ihr wohl. Nach dem Erlebnis der letzten Stunde hatte sie ein heißes Verlangen, sich wieder vor sich selber erhoben zu sehen; dieser hier stellte sie hoch, das fühlte sie ganz genau. Lag es im Ton seiner Stimme, in der Art, wie er von ihr Abschied nahm?

Sie waren endlich angelangt; das schützende Haus hatte sich geöffnet; er wagte nicht, ihre Hand zu nehmen, sondern stand draußen im Regen und machte eine respektvolle Verbeugung.

Da gab sie ihm die Hand. „Ich danke Ihnen, ich werde Sie nicht vergessen!"

(Fortsetzung folgt.)

Um 5¾ Uhr trat Vertagung ein. Morgen wird die Besprechung unserer Arbeitsloseninterpellation fortgesetzt.

Die Verteilung der Reichstagsarbeit.

Der Seniorenkonvent, dem von den Sozialdemokraten die Genossen Bebel und Singer angehören, hat am Dienstag die Dispositionen für die Tagung entworfen. Präsident Graf Ballestrem betonte, daß zur Bewältigung der Hauptgegenstände der Session, des Zolltarifs und des Etats für 1903, etwa 150 Sitzungstage zur Verfügung stehen. Um die Geschäfte des Reichstags ordnungsmäßig zu erledigen, beabsichtigt der Präsident, vor der Weihnachtspause die zweite Beratung des Tarifs soweit als möglich zu fördern und außerdem, wenn der Etat eingeht, die erste Beratung desselben vor Weihnachten zu erledigen. Nach Beendigung der Etatsberatung, also voraussichtlich nach der Osterpause, könnte alsdann die Zolltarifberatung fortgesetzt werden. Das Ende des jetzigen Reichstags sei, so viel er wisse, Ende Juni zu erwarten, wenn er nicht vorher eines nicht natürlichen Todes sterbe.

Am Donnerstag sollen die Fleischnot-Interpellationen der Sozialdemokraten und Freisinnigen verhandelt werden. Indes wird die Regierung nach der Mitteilung einer parlamentarischen Korrespondenz die Beantwortung verweigern bis nach dem Abschluß der Erhebungen. Deshalb dürfte die Zollberatung schon am Donnerstag beginnen — über die Fleischnot wird indessen die Regierung bei der Beratung der Fleisch- und Viehzölle ihren Teil zu hören bekommen.

Bei den Zolldebatten soll das Zolltarifgesetz dem Zolltarif selbst vorangehen. So schlug der Präsident vor und gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten stimmte die Mehrheit des Seniorenkonvents ihm zu. Die Sozialdemokraten erklärten vergeblich, daß es unmöglich sei, erst das Tarifgesetz und dann den Tarif, der ausdrücklich als Voraussetzung des Tarifgesetzes bezeichnet wird, zu beraten. Zunächst müßten die Zollpositionen festgelegt werden und erst dann könne davon die Rede sein, welche gesetzgeberischen Vorschriften für die Handhabung des Tarifs getroffen werden sollen.

Von den anderen Forderungen der Sozialdemokraten, daß die vor den Ferien nicht zum Abschluß gelangte Besprechung der Interpellationen über die Arbeitslosigkeit und über die Unterdrückung der polnischen Sprache vor dem Beginn der Zollberatungen erledigt, sowie daß jede Woche ein Tag für die Beratung der Initiativanträge freigehalten werde, wurde nur die eine angenommen, am Mittwoch die Besprechung der Arbeitsloseninterpellation fortzusetzen.

Am Donnerstag wird also voraussichtlich die große Debatte über den § 1 des Zolltarifgesetzes, Minimalzölle für Getreide und Vieh, beginnen.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. Oktober. Die sozialdemokratische Fleischnot-Interpellation hat folgenden Wortlaut: Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage: „Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der Steigerung der Fleischpreise, die seit geraumer Zeit eingetreten ist und in steigendem Maße eine Kalamität für immer weitere Schichten der Bevölkerung wird, entgegenzuwirken?" — Die Freisinnigen haben eine ähnliche Interpellation eingebracht.

— Wilhelm II. kann ruhig schlafen. Im Offizierskasino des Grenadierregiments in Königsberg feierte der Kaiser in der vorigen Woche, der Königsb. Hartung. Ztg. zufolge, unter anderem den neuen kommandierenden General des ersten Armeekorps v. d. Goltz mit folgenden Worten: „Nun kann ich ruhig schlafen, jetzt habe ich einen Häseler im Westen, einen Häseler im Osten." — Konnte er das bisher denn nicht — trotz der dicken Freundschaft mit dem Zaren?

— Die Internationale Tuberkulose-Konferenz wird in diesem Jahre vom 22. bis 26. Oktober zu Berlin im Abgeordnetenhause tagen. Mit der Organisation wurde das deutsche Zentralkomitee betraut, in dessen Präsidium Staatssekretär Graf v. Posadowsky-Wehner den Vorsitz führt. — Der Vertreter des Hungertarifs als Organisator der Tuberkulose-Konferenz. Wenn es eine Konferenz zur Beförderung und Ausbreitung der Tuberkulose wäre, so würde es passen.

Die Burengenerale scheinen jetzt in Berlin arg in Ungnade gefallen zu sein. Auf polizeiliche Inspiration wird ein schwungvoller Aufruf zu Gunsten der Buren, den Ernst v. Wildenbruch im Auftrag des Empfangsausschusses verfaßt hat, nicht an die Plakatsäulen angeschlagen. Außerdem hat das Polizeipräsidium wiederholt und dringend den „Wunsch" geäußert, auf der Fahrt der Burengenerale nach ihrem Hotel den Weg durch das Brandenburger Thor zu vermeiden.

Einige Blätter finden diese Maßregeln für komplett unverständlich. An der ganzen Affaire ist ja manches sehr mystisch — aber aus welchem Gefühl heraus diese Maßnahmen beschlossen sind, das ist doch wahrhaftig nicht zu verkennen. Der Dekorationskurs verzeiht Blamagen nicht.

Nach einer Darstellung, die ein unterrichteter Herr der Frankf. Ztg. gab, hat sich die Audienz-Affaire wie folgt abgespielt: Nach den erfolgten Anregungen einer Zwischenperson, die aber wohlweislich im Unklaren lassen, inwieweit der Kaiser persönlich mit der Angelegenheit in Verbindung zu bringen ist, stimmte De Wet einem Besuch beim Kaiser zu. Er konnte nicht anders handeln, ohne unhöflich zu sein. Gleichzeitig verlangte er Informationen, nach welchen Formalitäten der Empfang vor sich gehen sollte. Die Formalitäten, die ein Enthalten von einer Agitation und Einführung durch den englischen Gesandten verlangen, bildeten keinen Hinderungsgrund. Nun blieb die offizielle Einladung aus. Die Generale aber dürfen keine Audienz nachsuchen, um nicht in England anzustoßen, das bis auf den heutigen Tag den leitenden Buren gegenüber sehr mißtrauisch ist.

Die deutsche Regierung wollte also anscheinend, daß die Burengenerale um eine Audienz baten und wollte dann durch die Art der Audienz sich England verbindlich zeigen. Aber es gelang vorbei, sich zugleich in Deutschland und in England populär zu machen.

Im oldenburger Landtag, der bisher eine agrarische Mehrheit hatte, wird diese Mehrheit wohl durch die Landtagswahl gestürzt werden. Dazu wird, wie die Weser-Ztg. meldet, wesentlich ein dieser Tage in Delmenhorst abgeschlossenes Kompromiß zwischen den Sozialdemokraten und den Bürgerlichen gegen die Agrarier beitragen. „Es verfügt über 65 gegen 37 Stimmen und stellt drei sozialdemokratische Kandidaten (Schmidt, Schulz und Meyer-Delmenhorst) und zwei Bürgerliche auf. Der 28. Landtag wird also sechs sozialdemokratische Abgeordnete aufweisen, außer Hug und Tuden-Bant und Heitmann-Oldenburg für das Amt Rüstringen. Die agrarische Mehrheit wird zweifellos durch die bevorstehende Wahl endgültig gebrochen werden."

In der Angelegenheit des Majors v. Endell hört die Deutsche Tagesztg., daß die Broschüre des entlassenen Landrevisors Bühring auch dem Ehrenrate in Posen vorliegt. Will der Ehrenrat nicht das Urteil im Prozesse Bühring abwarten?

Oesterreich-Ungarn.

Die Versöhnung der Tschechen und Deutschen hat Körber wieder einmal in die Hand genommen. Er unterbreitete am Dienstag den Mitgliedern der einberufenen Konferenz die Grundsätze über die gesetzliche Regelung der sprachlichen Verhältnisse bei den landesfürstlichen Behörden Böhmens und Mährens. Für beide Länder gelten folgende Grundsätze: Die deutsche Sprache ist in dem bisherigen Umfange zu gebrauchen: 1. im gesamten Verkehr mit den militärischen Behörden und der Gendarmerie und für deren dienstliche Anforderungen; 2. im Verkehr mit den Behörden außerhalb Böhmens beziehungsweise Mährens und 3. bei einer Reihe besonders aufgeführter Angelegenheiten im inneren Dienstverkehr.

Abgesehen hiervon sind grundsätzlich bei den landesfürstlichen Behörden zu unterscheiden: ein einsprachiges böhmisches, ein einsprachiges deutsches und ein zweisprachiges Sprachgebiet. Als einsprachig gelten jene Gerichtsbezirke, in denen bei der Volkszählung von 1901 und in jeder weiteren jeweiligen Volkszählung weniger als 20 Proz. der ansässigen Bevölkerung die andere Landessprache als die Umgangssprache angegeben haben.

Die Tschechen wie die Deutschen sind durch diese Vorschläge gleichmäßig nicht befriedigt. Die Neue Freie Presse schreibt: In tschechischen Kreisen bezeichnet man die Vorschläge des Ministerpräsidenten v. Körber in der Sprachenfrage als zur Erörterung völlig ungeeignet und nennt es einen Frevel, daß die Regierung mit solchen Vorschlägen hervortrete. Unter den deutschen Abgeordneten ist man der Ansicht, daß die Vorschläge des Ministerpräsidenten einer grundlegenden Aenderung unterzogen werden müssen, falls sie zur Grundlage einer Beratung tauglich sein sollen.

Frankreich.

Einen scheußlichen Kloster-Skandal bringt die Pariser Aurore soeben in die Oeffentlichkeit. Es handelt sich um das Kloster Notre-Dame-de-Charitée in Tours, in dem Waisenmädchen, von ihren Eltern im Stich gelassene Kinder usw. Aufnahme fanden. Die Kinder sollen von der Kongregation vollständig vernachlässigt worden sein, können weder lesen noch schreiben, die Kinder werden nur dazu benutzt, der Kongregation Geld zu verdienen. Geradezu scheußlich sind aber die Peinigungen, mit denen die geistig und körperlich zurückgebliebenen Kinder abgestraft werden. Mit der Zunge müssen die Kinder bis zu hundert Kreuze auf den Fußboden zeichnen; eine dieser Schwestern der „Barmherzigkeit" machte sich ein besonderes Vergnügen daraus, das „Zungenkreuz" in den — Aborten vornehmen zu lassen. In anderen Fällen werden die Kinder mit dem Kopfe in ein mit Wasser gefülltes Becken getaucht, und zwar so lange, bis das Röcheln der Kinder bedenklich wird. Vierzehn Tage lang mußten Mädchen in der Zwangsjacke zubringen, das Essen mußten sie mit dem Gesicht im Napfe zu sich nehmen. Den jedes Widerstandes unfähigen Kindern soll eine Schwester das Gesicht mit Exkrementen bestrichen, ja sogar ihnen diese in den Mund gesteckt haben. An weiteren Strafen, die von diesen frommen Schwestern der Barmherzigkeit verhängt worden sein sollen, wird das Einsperren im Keller oder in der Totenkammer und das Haarabschneiden genannt.

Die Aurore will die Enthüllungen über Kloster-Skandale fortsetzen und meldet, daß die Angelegenheit durch eine Interpellation in der Kammer zur Sprache gebracht werde.

Der Generalstreik der Bergarbeiter hat, nach der Frankf. Ztg., seit Montag einen nicht unbedeutenden Zuwachs erhalten.

Aus Valenciennes wird vom 14. Oktober berichtet, daß die roten und gelben Syndikate seit Montag in völligem Einvernehmen mit einander sind, und daß der Ausstand in den Departements Nord und Pas-de-Calais ein vollständiger ist. Daß die Gelben, die prädestinierten Streikbrecher, sich den Roten angeschlossen haben, ist schwer zu glauben.

Die Präfekten der Departements Nord und Pas-de-Calais haben sich zur Vermittelung zwischen den Streikenden und den Unternehmern erboten.

Die Kammer ist am Dienstag wieder eröffnet worden. Der Sozialist Basly brachte einen Antrag ein betreffend die Invalidenversicherung der Arbeiter und verlangte für denselben die Dringlichkeit, welche beschlossen wurde. Baudin d'Asson beantragte Versetzung des Ministeriums in Anklagezustand. Dasselbe habe durch die Schließung der kongreganistischen Schulen das Gesetz verletzt. Die vom Antragsteller verlangte Dringlichkeit wurde mit 414 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Das Haus machte sich sodann über die Reihenfolge schlüssig, in welcher die zahlreichen vorliegenden Interpellationen erledigt werden sollen. Auf Antrag des Ministerpräsidenten Combes beschloß das Haus, sämtliche Interpellationen über die Schließung der Kongregationsschulen zu verbinden, und begann darüber sofort die Beratung, die sehr lebhaft und leidenschaftlich war. Die Weiterberatung wurde dann auf Donnerstag vertagt.

Das Koalitionsrecht. Die nationalistische Gruppe der französischen Kammer beauftragte den Vizepräsidenten Rouffet, in der Kammer einen Antrag einzubringen, wodurch der Gebrauch der Waffen bei Ausständen „geregelt" werden soll. Wie!

England.

Die Verurteilungen irischer Parlamentsmitglieder häufen sich. Das Mitglied des Unterhauses O'Donnel ist auf Grund des Ausnahmegesetzes wegen Einschüchterung und Aufreizung zur Verschwörung zu 2 Monaten schwerer Arbeit verurteilt worden.

Amerika.

Die Kohlenbarone werden mürbe — die ausständigen Bergarbeiter haben einen großen moralischen Sieg erfochten. Die Grubenherren haben sich bereit erklärt, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, das der Präsident zusammensetzen soll.

Die Beilegung des Streiks ist nach dieser Erklärung wohl nur noch eine Frage der Zeit. Allerdings verhalten sich die Arbeiter vorerst noch abwartend. Mitchell hat der Presse folgende Erklärung übermittelt: Die Grubenbesitzer haben sich, als sie ihre Erklärung abgaben, nicht an die Miners-Union oder deren Beamte gewandt. Es ist für mich daher unmöglich, zur Zeit eine Erklärung über die Haltung der Grubenarbeiter abzugeben. Eine formelle Erklärung, in der unsere Stellungnahme dargelegt wird, wird abgegeben werden, sobald uns die volle Bedeutung des Vorschlags der Grubenbesitzer bekannt sein wird.

In Venezuela pfeift Castro auf dem letzten Loche. Nach einem New-Yorker Telegramm aus Porto Cabello besagt eine dort vorliegende amtliche Mitteilung, daß die Schlacht bei La Victoria mit einem vollständigen Siege der Regierungstruppen geendet habe.

Parteiangelegenheiten.

Zur Aufklärung im Falle Wittich. Zum Fall Wittich möchte auch ich das Wort ergreifen, um so mehr, als sich die Sache immer mehr zu verwirren scheint und daher eine Aufklärung dringend not thut. Ich bin zwar nicht der Verfasser der Broschüre, wohl aber der Bearbeiter und habe in alle Unterlagen Einblick gehabt. Ende August oder Anfang September sandte mir Frau Wittich unverhofft ihr Manuskript mit der Bitte um Durchsicht und eventuelle Verbesserung. Es lag für mich keine Veranlassung vor, der Witwe meines verstorbenen Freundes die Erfüllung dieser Bitte zu versagen, und so gab ich dem Manuskript den nötigen redaktionellen Schliff. Nur gegen den [illegible] erhob ich Bedenken, weil die dort erhobenen Anklagen gegen den [illegible]